

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

38. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. März 2002, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)	Vorsitzender
Hermann Benker (SPD)	
Maren Kruse (SPD)	
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	
Heinz Maurus (CDU)	in Vertretung von Jürgen Feddersen
Britta Schmitz-Hübsch (CDU)	in Vertretung von Claus Ehlers
Peter Jensen-Nissen (CDU)	
Günther Hildebrand (FDP)	in Vertretung von Dr. Christel Happach-Kasan
Rainder Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Wilhelm Malerius (SPD)
Joachim Behm (FDP)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Bekämpfung der Rinder Grippe BHV1	5
Gespräch mit Vertretern des Bauernverbandes und der Rinderzüchter	
Fortsetzung der Beratung vom 28. Februar 2002	
hierzu: Umdruck 15/2093	
b) Situation der BSE-Testlabore	9
Bericht der Landesregierung (Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW - Drucksache 15/1591)	
(mündlicher Bericht gegeben in der Plenartagung am 22. Februar 2002 überwiesen zur abschließenden Beratung)	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1647	
(überwiesen am 22. Februar 2002)	
hierzu: Kleine Anfragen, Drucksachen 15/1553, 15/1661, 15/1662	
c) Bericht der Landesregierung über die Auszahlung der Mutterkuhprämie, der Rindersonderprämie und der Schlachtrinderprämie des Jahres 2000	10
Berichtswunsch des Abg. Peter Jensen-Nissen Umdruck 15/1964	
hierzu: Kleine Anfrage der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan Drucksache 15/1309	
Kleine Anfragen des Abg. Peter Jensen-Nissen Drucksachen 15/864, 15/1663	

- 2. a) Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein** **12**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1349
- (überwiesen am 15. November 2001 zur abschließenden Beratung)
- b) Tourismuskonzeption** **12**
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1582
- (mündlicher Bericht gegeben in der Plenartagung am 22. Februar 2002
überwiesen zur abschließenden Beratung)
- hierzu: Umdruck 15/1948
Kleine Anfragen des Abg. Hans-Jörn Arp
Drucksachen 15/1280, 15/1462, 15/1621
- 3. Verschiedenes** **13**
- 1. Verfahrensfragen für eine Anhörung zu ergänzenden und alternativen Küstenschutzmaßnahmen, Antrag des Abg. Lars Harms**
 - 2. Stilllegungsprämie für die Kutterfischer**
 - 3. Komoranfraßschäden**

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Bekämpfung der Rinder Grippe BHV1

Gespräch mit Vertretern des Bauernverbandes und der Rinderzüchter

Fortsetzung der Beratung vom 28. Februar 2002

hierzu: Umdruck 15/2093

Einleitend schildert MR Dr. Eckart Best erneut die sich um die Testverfahren rankenden Vorkommnisse bezüglich der bekannt gewordenen verfälschten Testergebnisse und die vom MLR eingeleiteten Aktivitäten. (Siehe auch Umdruck 15/2093).

Nach den ersten Hinweisen Anfang Januar auf nicht epidemiologisch plausible BHV1-Untersuchungsergebnisse im Landeslabor habe das MLR am 13-01-02 das Referenzlabor der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Riems eingeschaltet, um die fraglichen Befunde nachuntersuchen zu lassen. Von den 260 dorthin entsandten Proben seien 187 ausgewertet worden und bei diesen 187 untersuchten Proben sei eine signifikante Anzahl falsch positiver beziehungsweise falsch fraglicher Ergebnisse festgestellt worden.

Am 5. Februar 2002 habe M Franzen sodann dem Bauernverbandspräsidenten diese Feststellungen mitgeteilt und angeboten, die in der fraglichen Zeit unternommenen Untersuchungen zu wiederholen, da nicht auszuschließen sei, dass die verwendeten Testsets nicht in Ordnung gewesen seien. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen worden, dass die betroffenen Rinderhalter auf keinem Fall mit den dadurch anfallenden Kosten belastet würden.

Am 14. Januar habe das Landeslabor dann sofort auf einen gE-Test einer anderen Firma umgestellt und gleichzeitig einen Ablaufplan erstellt, wie die rund 46 000 zusätzlichen Untersuchungen bewältigt werden könnten, ohne dass es zu größeren Untersuchungsstaus kommen werde. Die Beauftragung der Labore in Stendal und Grub habe wunderbar geklappt. Inzwischen sei der Probenstau aufgelöst; die Befunde könnten innerhalb von sechs Tagen den Landwirten übersandt werden.

Gleichzeitig - so fährt MR Dr. Eckhart Best fort - habe das Nationale Referenzlabor die Rückstellmuster aus den Chargen untersucht, die Schleswig-Holstein in der fraglichen Zeit in Neumünster verwendet habe. Dabei sei festgestellt worden, dass die Chargen 16 und 17 ähnliche Schwankungen aufgewiesen hätten, wie man sie bereits in Neumünster festgestellt gehabt habe.

Im Weiteren habe das MLR dann im Zuge einer kritischen Selbstüberprüfung den TÜV Nord mit einer Überprüfung des Labors für BHV1-Diagnostik in Neumünster beauftragt. Der TÜV habe als Sachverständige eine Virologin der Tierärztlichen Hochschule in Hannover herangezogen. Ergebnis dieser Untersuchung sei, dass zurzeit die BHV1-Diagnostik im Landeslabor als vorbildlich zu bezeichnen sei. Die Untersuchung erfolge wieder voll automatisiert. Es habe keine Beanstandungen mehr gegeben.

Zugegebenermaßen seien die Untersuchungen in der Zeit vom 14-10-01 bis zum 14-01-02 mit Schwierigkeiten behaftet gewesen, die nicht zuletzt sowohl auf einem Brand im Landeslabor als auch auf einen Brand der Lieferfirma, die die Tests damals geliefert hätte, zurückzuführen gewesen seien. Eventuelle Regressansprüche würden zurzeit vom Landeslabor erwogen.

Der aktuelle Nachbeprobungsstand belaufe sich auf inzwischen nur noch 19 000 der insgesamt 46 000 nachzuprüfenden Untersuchungsproben.

Der Vorsitzende erinnert an die Schwierigkeiten, die die Nachuntersuchungen für die Landwirte mit sich brächten. Zu denken sei beispielsweise daran, wie aufwendig es sei, Tieren, die sich frei im Laufstall bewegten, Blut zu entnehmen.

Diese Aussage wird vom Präsidenten des Landesbauernverbandes, Otto-Dietrich Steensen, unterstrichen, der zugesteht, dass die Landwirte erst nach jahrelanger Diskussion um das Für und Wider der Ausrottung der Tierseuche mit konkreten Bekämpfungsmaßnahmen begonnen hätten. Nachdem der Bauernverband dann aber gemeinsam mit den Rinderzüchtern eine Strategie entwickelt und mit dem MLR das Vorgehen abgesprochen habe, hätten sich viele Landwirte dieser Aufgabe trotz aller damit verbundenen Mühen freiwillig gestellt. Umso verärgerter reagierten nun diese Landwirte, wenn sie jetzt die Folgen falsch positiver oder falsch fraglicher Testergebnisse zu bewältigen hätten.

Mit der vorgesehen Kostenerstattung für die Nachuntersuchungen seien die Bauern angesichts der aufgewendeten Zeit und des enormen Personaleinsatzes ebenfalls nicht zufrieden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit dem in Kürze beginnenden Weideaustrieb die Nachbeprobungen nicht alle bewältigt werden könnten. Die Forderung des Bauernverbandes bleibe

nach wie vor bestehen, die Landwirte in dieser Situation bei den zusätzlichen Kosten nicht alleine zu lassen.

Dr. med. Erwin Hasenpusch von der Rinderzucht Schleswig-Holstein eG bestätigt einerseits die schleppende Akzeptanz bei der Umsetzung der BHV1-Verordnung in Schleswig-Holstein. Der steigende Probeanfall der letzten beiden Jahre habe den diesbezüglichen Nachholbedarf deutlich erkennen lassen. Andererseits müsse man aber Verständnis für die Betroffenen haben.

Die Größe des Problems habe die Rinderzucht Schleswig-Holstein G nach der Darstellung der betroffenen Landwirte insbesondere in folgenden zwei Tatsachen ausmachen können: Erstens sei die Zeit zwischen der Probeentnahme bis zur Übermittlung der Ergebnisse an die Landwirte viel zu lang und zweitens seien in Einzelfällen die mitgeteilten Ergebnisse als fraglich bezeichnet worden. Damit sei die Ergebnissicherheit nicht gegeben gewesen. Solche Informationen hätten sich im Laufe der Zeit verdichtet und zu immer größerer Verärgerung insbesondere zu dem Zeitpunkt geführt, als mit den ersten Nachuntersuchungen begonnen worden sei. Diese Verärgerung bei den Landwirten sei dann wegen der Auskunftspolitik des Veterinäruntersuchungsamtes verstärkt worden. Oft seien telefonische Auskunftersuchen nicht klar beantwortet worden. Als Folge sei es dann zu Vermarktungsproblemen und damit einhergehend zu einem enormen Vertrauensverlust der Landwirte gegenüber der Seuchenbekämpfungspolitik der Landesregierung gekommen. Diesem Vertrauensverlust bitte er nun schnellstmöglich durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten.

Dezernatsleiter Dr. Peter Hübert vom Landeslabor geht auf Bitten des Vorsitzenden auf die im Landeslabor entstandenen Arbeitshindernisse ein. Neben dem Brand in der die codierten Teströhrchen liefernden Firma habe es in der fraglichen Zeit auch einen Brand im Landeslabor gegeben, der technische und organisatorische Schwierigkeiten bereitet habe. Während der Brand in der Herstellerfirma die Labormitarbeiter zu manuellen Probenuntersuchungen gezwungen habe, habe der Brand im Landeslabor dazu geführt, den aufgelaufenen Probenstau nicht, wie vorgesehen, im Januar abbauen zu können. Dies sei auch der Grund gewesen, warum man dann die Labore in Stendal und Grub mit in die Arbeit einbezogen habe.

Tagesaktuell würden die anstehenden Untersuchungen nun kontinuierlich durchgeführt, wobei nicht vergessen werden dürfe, dass die Untersuchungen mit den neuen Teströhrchen einen Tag länger dauerten als mit den früher benutzten codierten Teströhrchen. Inzwischen sei das Landeslabor aber wieder auf dem Stand wie vor dem Oktober vergangenen Jahres.

M Ingrid Franzen begrüßt die feste Absicht der Landwirte, die zum 01-01-02 in Kraft getretene Bundesverordnung zügig umsetzen zu wollen. Dies sei umso erfreulicher, als sie durchaus

die Verärgerung der Landwirte über die Pannen nachvollziehen könne. Die jetzt in Kraft getretene BHV1-Verordnung bilde eine gute Grundlage zur Bekämpfung der Seuche. Insofern sei auch die Neuorganisation des Landeslabors eine gute und vorausschauende, erfolgversprechende Entscheidung gewesen, die es umso schmerzlicher erscheinen lasse, dass in der Startphase die angesprochenen Unregelmäßigkeiten aufgetreten seien. Man glaube aber, nun wieder auf gutem Wege zu sein. Für sie gelte es, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern nach vorn zu schauen und zu versuchen, die Geschehnisse möglichst schnell aufzuarbeiten.

In der weiteren Diskussion werden zwischen dem Bauernverbandspräsidenten Otto-Dietrich Steensen und dem Dezernatsleiter Dr. Peter Hübert Fragen hinsichtlich der Funktion der verschiedenen Teströhrchen erörtert. In Abwägung der Vor- und Nachteile der Beprobung von Plasma beziehungsweise Serum, die beide nach Meinung von Dr. Hübert ihre Vor- und Nachteile haben, spricht dieser von einer - so wörtlich - „Glaubensfrage“.

In einem weiteren Teil der Diskussion werden Fragen des Abg. Peter Jensen-Nissen zur Kostenentschädigung und zu den möglicherweise zu befürchtenden eingeschränkten Vermarktungschancen einzelner Betriebe diskutiert.

Dr. med. Erwin Hasenpusch wiederholt seinen Hinweis auf die durch die Testpannen entstandenen marktwirtschaftlichen Verluste und fordert, eine gewisse Situationssicherungspflicht zu etablieren. Auch das könne dazu beitragen, das Misstrauen der Landwirte auszuräumen. Fragliche Ergebnisse müssten solange nachbeprobte werden, bis sie eindeutig als positiv oder negativ gewertet werden könnten.

M Ingrid Franzen signalisiert erneut ihre Gesprächsbereitschaft zum Abbau des Misstrauens auch bezüglich der Problematik der Situationssicherungspflicht. Um aber bezüglich der Situationssicherungspflicht ein Urteil abgeben zu können, seien für jeden Einzelfall entsprechende Daten zu liefern. Nur so könne eine aussagekräftige Wertung erfolgen. Allgemein gültige Aussagen könne man bei dieser Problematik nicht treffen.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Überlegung, dass bei Bedarf eventuell weiterer Beratungen zur Bekämpfung der BHV1-Seuche im Ausschuss stattfinden müssen.

b) Situation der BSE-Testlabore

Bericht der Landesregierung

(Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW - Drucksache 15/591)

(mündlicher Bericht gegeben in der Plenartagung am 22. Februar 2002 überwiesen zur abschließenden Beratung)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1647

(überwiesen am 22. Februar 2002)

hierzu: Kleine Anfragen

Drucksachen 15/1553, 15/1661, 15/1662

M Ingrid Franzen verweist auf ihre Ausführungen in der Plenarsitzung am 22-02-02 und unterstreicht, dass es im Landeslabor keine Probleme mit der BSE-Betestung gegeben habe beziehungsweise gebe, ebenso wenig wie es Probleme mit den herangezogenen Privatlabors gegeben habe. Insofern sei für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein durch die BSE-Betestung auch kein Schaden entstanden.

Auf die Frage von Bauernverbandspräsidenten Otto-Dietrich Steensen, warum bei den freiwilligen Untersuchungen die Proben immer noch nach Hamburg gesandt werden müssten, verweist MDgt Hans Joachim Pieper auf Kläger aus der Privatwirtschaft, die sich benachteiligt fühlten, nicht in die vorgeschriebenen Beprobungen mit einbezogen zu werden. Insofern habe man bis zum Klagebescheid beschlossen, zumindest die freiwilligen Betestungen in Labors außerhalb des Landes durchführen zu lassen.

Beschluss:

Der mündlich gegebene Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1647, wird aufgrund der Beratungen zu Punkt 1 a) als erledigt betrachtet. Von einer erneuten Behandlung im Plenum sieht der Ausschuss ab.

c) Bericht der Landesregierung über die Auszahlung der Mutterkuhprämie, der Rindersonderprämie und der Schlachtrinderprämie des Jahres 2000

Berichtswunsch des Abg. Peter Jensen-Nissen
Umdruck 15/1964

hierzu: Kleine Anfrage der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan
Drucksache 15/1309

Kleine Anfragen des Abg. Peter Jensen-Nissen
Drucksachen 15/864, 15/1663

MR Detlef Christian teilt mit Hinweis auf bereits früher gegebene Auskünfte mit, dass die beim Aufbau der HIT-Datenbank aufgetretenen Probleme inzwischen ausgeräumt werden konnten und von den insgesamt zirka 1 800 Widersprüchen nach Bereinigung der Programmfehler am 21-02-02 schon 718 Fälle erledigt werden konnten. Man erwarte, die restlichen Widersprüche, bei denen es sich in manchen Fällen nur um Teilwidersprüche handele, in den nächsten Wochen abarbeiten zu können, soweit von Seiten der Betriebe die entsprechenden Beweise vorgelegt werden könnten.

M Ingrid Franzen weist ergänzend darauf hin, dass bei den Auszahlungen des Jahres 2001 die Auszahlungsfrist von vier Monaten dank der Fehlerbeseitigung in der HIT-Datenbank einerseits und einer organisatorischen und personellen Umdisponierung im MLR andererseits habe eingehalten werden können. Die Schlusszahlung werde spätestens am 03-06-02 erfolgen.

Der Vorsitzende zeigt sich besorgt über die Frage, ob die Landwirte auch rechtzeitig die benötigten Unterlagen und Antragsformulare erhalten, um sie entsprechend richtig ausgefüllt termin- und fristgerecht einreichen zu können.

MR Detlef Christian gibt zu verstehen, dass eine entsprechende Aussage erst nach Eingang aller Anträge gemacht werden könne. Im Weiteren bezieht er sich auf die Kleinen Anfragen des Abg. Peter Jensen-Nissen in den Drucksachen 15/864 und 15/1663 mit dem Monitum der verzögerten Auszahlung von Tierprämien und schildert die Voraussetzungen für den Bezug einer Prämie sowie die Handhabung der Auszahlungsfristen.

Abg. Peter Jensen-Nissen hält an seinen kritischen Aussagen aus der Fraktionspressemitteilung Nummer 108/02 vom 01-03-02 fest und beanstandet erneut die, wie er es nennt, unbefriedigende Informationspolitik der Landesregierung gegenüber den Parlamentariern.

M Ingrid Franzen gesteht ein unbefriedigendes Vorgehen der Verwaltung in der Anfangsphase der Prämienauszahlung während des Jahres 2000 zu, das seinen Grund jedoch in den Anlaufschwierigkeiten der Datenbank gehabt habe. Es habe viele Arbeitsstunden gekostet, diese Mängel zu beseitigen, sie glaube aber, dass nun für das Jahr 2002 ein zufriedenstellender Ablauf gefunden werden könne. Im Übrigen werde ihr Haus über die neuen EU-Regelungen rechtzeitig - auch im „Bauernblatt“ - informieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1349

(überwiesen am 15. November 2001 zur abschließenden Beratung)

b) Tourismuskonzeption

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1582

(mündlicher Bericht gegeben in der Plenartagung am 22. Februar 2002
überwiesen zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/1948
Kleine Anfragen des Abg. Hans-Jörn Arp
Drucksachen 15/1280, 15/1462, 15/1621

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zum Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1349, ohne Diskussion zur Kenntnis.

Ebenso nimmt der Ausschuss den auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/1582, mündlich in der Plenartagung am 22. Februar 2002 gegebenen Bericht der Landesregierung. Tourismuskonzeption, zur Kenntnis. Er fasst auf Vorschlag von Abg. Hermann Benker folgende Resolution:

Die Fraktionen werden gebeten, ergänzende Vorschläge und Bewertungen zum Bericht und zum dazugehörigen Umdruck 15/1948 dem MLR bis zum 5. April 2002 zur Kenntnis zu bringen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden behandelt:

1. **Verfahrensfragen für eine Anhörung zu ergänzenden und alternativen Küstenschutzmaßnahmen.**

Antrag des Abg. Lars Harms

Mit Hinweis auf die breit angelegte Diskussion um den Küstenschutz in früheren Sitzungen des Ausschusses schlägt Abg. Friedrich-Carl Wodarz vor, zunächst vom zuständigen Vertreter des MLR nur einen weiteren Bericht zu den ergänzenden und alternativen Küstenschutzmaßnahmen in der Sitzung am 25-04-02 zu erbitten.

Abg. Lars Harms bedauert als Antragsteller, dass es eventuelle keine Anhörung geben sollte. Dem hält Abg. Friedrich-Carl Wodarz entgegen, dass die Thematik zu großen Teilen bereits abgearbeitet sei und die von ihm vorgeschlagene zusätzliche Auskunft am 25-04-02 dem Auskunftsbedürfnis genügen sollte.

Der Vorsitzende meint, dass eventuell nach dieser Sitzung noch über eine Anhörung beschlossen werden könnte.

2. Der Vorsitzende bittet M Ingrid Franzen, die Frage an das zuständige Umweltministerium weiterzuleiten, warum auch im Jahre 2002 keine **Stillegungsprämie für die Kutterfischer** vorgesehen sei.

3. Mit Hinweis auf eine frühere gemeinsame Sitzung mit dem Umweltausschuss über **Komorranfraßschäden** berichtet der Vorsitzende über ein kürzlich von ihm geführtes Gespräch mit den Binnen- und Teichfischern. Die Fischer erwarteten dringend ein Gespräch mit den zuständigen Ministerien bezüglich der Entschädigung solcher Fraßschäden. Über dieses Gespräch sollten beide Ausschüsse informiert werden.

Der Ausschuss einigt sich darauf, den federführenden Umweltausschuss zu bitten, eine gemeinsame Sitzung anzuberaumen, falls der zuständige Umweltausschuss die von den Bin-

nen- und Teichfischern erneut aufgeworfene Komoranproblematik ein weiteres Mal behandeln sollte.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab

Geschäfts- und Protokollführerin